

Ersteinstufig
 monatlich 80 Pf.
 vierteljährlich 1.80 Mk.
 jährlich 7.20 Mk.
 Durch die Post bezogen
 1.05 Mk. inkl. Postgeb.

Die Neue Welt
 (Verkehrswirtschafts-),
 monatlich 10 Pf.

Preisdruck-Verfahren:
 Redaktion: Nr. 338.
 Expedition: Nr. 1047.
 Telegramm-Nr. 1111.
 Postamtlich Hallenstr.

Neue Welt

Inserationsgebühr
 beträgt für die 6 ersten
 Zeilen oder deren Raum
 50 Pfennig.
 Für auswärtsige Anzeigen
 25 Pfennig.
 Im reaktionären Falle
 halbt bis 75 Pfennig.

Interests
 für die 6 ersten Zeilen
 müssen spätestens bis vor-
 mittags 10 Uhr des
 Tages vorliegen.
 Einlagen in die
 Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/1 Uhr mittags.

Schiffahrtsabgaben.

Wir leben im Reiche des Verkehrs. Wilhelm II. hat es einmal gesagt, um seinen Willen zu großen Verkehrsformen zu verbinden, was aber nicht hinderte, daß seinem Aussprüche in Preußen-Deutschland eine Periode verkehrsfeindlicher Politik folgte. Mit der großen Kanalvorlage, für deren Durchführung Wilhelm II. sein Wort einlegte, machten die in Preußen wirklich regierenden Herren, die ostpreussischen Junker, einen Irrtum oder gar keinen Verstand, denn kam die Verteuerung des Güterverkehrs, die Hauptlastensteuer, die Einführung der neuen Wagnislast in Ost-Deutschland und schließlich die Vertierung der Verkehrserschwerung des Schiffahrtsabgaben-gesetz.

Der preussische Landtag hatte 1905 in das Wasserstraßengesetz die Bestimmung hineingebracht, daß auf den im Interesse der Schiffahrt regulierten Flüssen Schiffahrtsabgaben zu erheben sind. Es unterlag seinem Zweifel, daß diese Festsetzung von Schiffahrtsabgaben sowohl im deutschen Widerspruch zur Reichsverfassung als im Widerspruch zu den internationalen Schiffahrtsverträgen stand. Von welchem Interesse sich die Mehrheit des preussischen Landtages bei dem Beschluß auf Einführung von Schiffahrtsabgaben leiten ließ, ist von den landesheiligen Vertretern in der Kommission des preussischen Landtages mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden. Nach dem Kommissionsbericht erklärte ein Antragsteller jenes 8. 19 des preussischen Wasserstraßengesetzes, der die Erhebung der Schiffahrtsabgaben vorschlug, der Staat müsse die Landwirtschaft mit Fluß-Schiffahrtsabgaben zu Hilfe kommen, weil in den letzten Jahrzehnten die Rheinfahrten in Folge gefallen wären, daß dadurch die Rohmaterialien illusorisch gemacht würden. Mit noch größerer Ungenauigkeit sprach der Abgeordnete von Wittenberg aus: „Ich erkläre ganz offen: Ich hoffe, daß der Export von Getreide in der nächsten Zeit in Folge der Schiffahrtsabgaben getroffen wird, und daß durch die verheerende Tarifierung ein wesentlicher Faktor gefunden wird, um uns die Konkurrenzfähigkeit am Rhein zu schaffen.“ Der Abgeordnete von Arnim-Bühlow erklärte, er müsse auf die Einführung von Abgaben auf regulierten Strömen besonderen Wert legen mit Rücksicht auf die große Gefahr, daß das ausländische Getreide, das schon jetzt in großen Mengen aus das Land komme, auf den neuen Wasserstraßen noch weiter in das Land verhältnismäßig billig befördert werde, ebenfalls billiger als auf den Eisenbahnen. Deshalb gehöre diese Bestimmung in das Gesetz hinein; das ist für seine Partei ebenso wie das Schlußwort: eine fundamentale Forderung, ohne deren Aufnahme kaum einer seiner Freunde für den Kanal stimmen werde.

Durch den Einbruch des Bundesrats wurde Preußen an der verfassungsmäßigen Einführung von Abgaben auf den offenen Strömen verhindert, es drang aber nun mit außerordentlichem Eifer, den die preussische Regierung stets dann befolgt, wenn es sich um die Erfüllung von Wünschen und Befehlen ihrer junkerlichen Gebieter handelt, auf eine Wenderung der Reichsverfassung. Die ablehnende Haltung Bayerns gegen diesen Plan wurde in eck preussischer Weise durch die Ausübung der Hoangstlage Bayerns überwunden, das eine Kanalisierung des Maines herbeiführen muß, dies aber ohne das Anschlußland auf preussischen Boden überhaupt nicht ermöglichen kann. Eine Main-Kanalisation, so formulierten Preußen die Forderung, wird nur erfolgen, wenn Bayern seinen Widerspruch gegen die Aufhebung der Abgabefreiheit aufgibt. Württemberg wurde zur Unterstützung der preussischen Stellung durch Versprechungen bei der Kanalisierung des Neckars gewonnen.

Der in seinen letzten Jndungen liegende Reichstag will jetzt die Vorlage über die Schiffahrtsabgaben noch verabschieden, die in den jüngsten Tagen in der Kommission fertiggestellt worden ist. Was die Kommission beschlossen hat, wird das Plenum annehmen; die einst unter schweren Kämpfen erlangte Abgabefreiheit der Ströme wird aufgehoben.

Nach dem Ansehen des Gesetzes dürfen auf natürlichen Wasserstraßen Abgaben für solche Anstalten, Werke und Einrichtungen erhoben werden, die zur Erleichterung des Verkehrs bestimmt sind. Sie dürfen bei staatlichen und kommunalen Anstalten die zur Herstellung und Unterhaltung erforderlichen Kosten nicht übersteigen. Die Herstellungskosten und Unterhaltungskosten für Anstalten, die nicht nur zur Erleichterung des Verkehrs, sondern auch zur Förderung anderer Zwecke und Interessen bestimmt sind, dürfen nur zu einem verhältnismäßigen Anteil durch Schiffahrtsabgaben aufgebracht werden. Gelungen aber ist es der Opposition, aus dem Entwurf des Schiffahrtsabgabengesetzes verschiedene der gefährlichsten Bestimmungen, die den Verkehr schonungslos einer dem Verfall zum ererbenden Verfall ausliefern sollten, auszumergen und gegen die Willkür der Verwaltungen Sicherungsmagnahmen zu schaffen. So verwarf der Paragraf 8 der Vorlage, der eine Vertreibung der Mittel der Strombauverbände auch zur Unterhaltung älterer Anstalten, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes hergestellt worden sind, zuließ. Das gleiche Schicksal wurde jener Vorchrift bereitet, nach der Aufwendungen, die in einem

Jahre nicht gedeckt werden, mit ihrem jeweiligen Reste auf die folgenden Jahre übertragen werden sollen. Nach den Beschüssen der Kommission haben die an den Strombauverbänden beteiligten Staaten keinen Anspruch auf vollen Ersatz ihrer im Schiffahrtsinteresse aufzuwendenden Strombaukosten; ihr Anspruch geht nur auf Anwendung eines diesen Kosten entsprechenden Anteiles an den Einnahmen der Strombaukosten.

Von den grundsätzlichen Gegnern der Schiffahrtsabgaben sind diese und andere Verbesserungen der Vorlage geschaffen worden; ausschließlich den Bemühungen der Opposition ist es zu danken, daß der Beginn der Abgabenerhebung an bestimmte wertvolle Bedingungen geknüpft wurde. Die Abgabenerhebung beginnt für den Rhein, wenn die Regulierung Sonderheim-Sträßburg sowie die Mainkanalisierung von Aschaffenburg bis zur Mündung in den Rhein und die Reduktion der Weissenburger Weissenburger Kanalisierung von Weissenburg bis zur Mündung in den Rhein fertiggestellt sind. Außerdem ist der Beginn der Abgabenerhebung auf der Mosel mit der Saar, der Ruhr, dem Rhein oberhalb Straßburg, dem Main oberhalb Aschaffenburg und dem Neckar oberhalb Heilbronn abhängig von der bergwärts fortgeschrittenen Vollendung der Regulierungs- und Kanalisierungsarbeiten. Für die Weser beginnt die Abgabenerhebung, wenn einschließlich der Baugängen drei Viertel der veranschlagten Baukosten verausgabt sind und der Weser aus dem Waldbeder Sammelbecken Wasser im regelmäßigen Betriebe zugeführt wird; für den Eberhard, wenn ebenfalls drei Viertel der Baukosten verausgabt sind und mindestens die Hälfte der vorgesehenen Vertiefung des Fahrweges auf der ganzen Strecke erreicht ist. Für den Rheinderbund soll bis zur Fertigstellung einer Wasserlinie von 250 Meter zwischen Mannheim und St. Goar und für den Eberhard bis zur Fertigstellung der vollen vorgesehenen Wasserlinie der höchsten drei Viertel der geltenden Höhe betragen. Natürlich können dortwärts diese Maßnahmen für den Rhein und die Elbe keine Geltung erlangen; um sie auf diesen Strömen in Kraft treten zu lassen, bedarf es der Zustimmung Oesterreichs und Hollands. Wiewohl hatten diese Länder die Aufhebung der Abgabefreiheit kritisch abgelehnt. Keine Abänderungen sind in den Bestimmungen über die Höhe der Abgaben erfolgt. In den Verbänden werden demnach Befahrungsabgaben für Güter nach einheitlichen Tarifen in 5 Klassen mit tonnenkometrischen Einheitslasten erhoben, die abgeflußt werden und für die einzelnen Klassen höchstens 0,02, 0,04, 0,06, 0,08 und 0,1 Pf. betragen sollen. Von jetzt sind mit Recht die schwersten Bedenken erhoben worden, daß die Tarife nicht genau festgelegt werden. Immerhin wurden in der Kommission einige Sicherungsmagnahmen gegen die willkürliche Handhabung der Tarife erreicht. Zu Änderungen des Tarifs, durch welche die Einheitslaste überhöht werden, sind übereinstimmende Beschlüsse der Verwaltungsausschüsse und Strombeiräte erforderlich, die mit einer Mehrheit von je zwei Dritteln zu fassen sind. Neu ist die Bestimmung, daß eine Erhöhung der Verkehrsbeiträge auf das Doppelte oder mehr nur durch das Reichsgesetz erfolgen kann.

Verdoppelt wurde die Zahl der Strombeiräte, die jetzt im Rheinverband aus 92 Mitgliedern, im Weserverband aus 24 Mitgliedern und im Eberhard aus 56 Mitgliedern bestehen sollen. Ihre Verhandlungen und Beschlüsse finden in öffentlicher Sitzung statt, eine Neuerung, die die Reaktion in ihrem Haß gegen die Öffentlichkeit dadurch einschärft, daß den Entscheidungen der Beiräte zugestanden wird in besonderen Fällen den Ausschluß der Öffentlichkeit mit einfacher Mehrheit zu beschließen.

Am den Anschein einer Rücksichtnahme auf die Interessen der kleinen Schiffseigner zu erwecken, die ohnedies durch die Konkurrenz des Großkapitals in immer schärferem Bedrängnis geraten, werden auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen Güter in Schiffen ohne eigene Triebkraft mit einer Tragfähigkeit bis 200 Tonnen, auf der Weser und Elbe desgleichen bis 150 Tonnen als abgabefrei erklärt. Schiffe mit eigener Triebkraft mit einer Tragfähigkeit bis 50 Tonnen sind gleichfalls abgabefrei; Güter in Schiffen ohne eigene Triebkraft bis zu 100 Tonnen Tragfähigkeit unterliegen nirgends einer Abgabe. In Wirklichkeit wird mit diesen Bestimmungen den Privatschiffen gar nicht oder äußerst wenig gedient; sollte ihren verhältnismäßigen Bedeutung getrauen werden, so müßte die Grenze für die Abgabefreiheit wesentlich weiter gestellt werden. Auch die Verbesserungen der Aufstände können den kleinen Schiffen am allerwenigsten zugute, wohl aber den großen Schiffen der großen Unternehmungen, die bei der fortschreitenden Karzeilierung in der Aufschiffahrt die Schiffahrtsabgaben den Frachtlagen zuschlagen und so auf den Verkehr abladen werden. In dem schweren Kampfe gegen das Großkapital in der Binnen-schiffahrt wird den kleinen Schiffen durch die Vertilgung des Schiffahrtsabgabengesetzes so der letzte Rest gegeben. Diese Wirkungen illustrieren von neuem die Mittelstandslosigkeit der Strombauverbände, Mittelalten und National-liberalen. Was an positiven Verbesserungen in das Gesetz hineingekramt wurde, ist das Werk der Opposition, deren Kern die Sozialdemokratie bildet, die als die einzige Partei einmütig und ungeteilt die Einführung der Schiffahrtsabgaben bekämpft; auch nach jener Verbesserung bleibt das Schiffahrtsabgabengesetz unannehmbar, es wird ein Demnis des Verkehrs und bringt wieder eine Belastung großer Schichten des erwerbstätigen Volkes. Wenn von seinen Verteidigern ins Feld geführt wird, daß mit dem Inkrafttreten des Gesetzes Fluß-

regulierungen usw. erfolgen werden, deren Ausführung sonst noch lange hätte auf sich warten lassen, so wird dieser Einwand zu einer Anklage der preussisch-deutschen Politik. Mit den notwendigen Ausregulierungen wird nicht nur den Interessen der Schiffahrt, sondern den allgemeinen Wirtschaftsinteressen des Volkes gedient, die dazu erforderlichen Ausgaben müssen dabei aus allgemeinen Staatsmitteln bestritten werden. Aber es kommt noch hinzu, daß die Regulierung der Ströme wohl mit in erster Linie den Landeskulturinteressen, als in der Hauptsache der Landwirtschaft, zugute kommt, die in agrarischer Beziehung wieder einmal an der Ausführung der Mittel nicht teilnimmt, wohl aber auf Kosten des Volkes Profit aus den Schiffahrtsabgaben herauschlägt.

Siege im Elsaß.

Die ersten Landtagswahlen in den Reichsländern. Am geistigen Sonntag fanden in Elsaß-Lothringen die Wahlen zum Landesparlament statt, das heißt zur sogenannten I. Kammer. Die Zweite Kammer ist bekanntlich nur mit den halben Stimmen einer Volksvertretung ausgestattet, dabei ist ihr Votumrecht noch etwa befristet. Die „andere Hälfte“ der gezeigtenen Faktoren bildet bekanntlich die sogenannte „Erste“ Kammer, die ernannt wird. Trotzdem wird sich die Zweite Kammer, wenn sie ihre Aufgabe begreift, zum stärksten Faktor entwickeln können, weil hinter ihr doch der Wille der Volksmassen steht. Freilich ist auch hier das Wahlrecht nicht ideal, denn der Wähler muß drei Jahre im Lande sein und ein Jahr lang in der Gemeinde einwohnen, wodurch gerade die Arbeiterklasse, die der kapitalistischen Arbeitsmarkt von Ort zu Ort treibt, besonders hart getroffen wird. Aber trotz dieser Nachteile, Waffen, Weanten, also bei den abhängigen Regierungsklassen, einträglicher Kautschuk im Lande, aus welcher Bestimmung deutlich der ausnahmsweise Charakter der Wahlbestimmungen gegen die Arbeiter hervorgeht. Immerhin aber ist das Wahlrecht an sich ziemlich gleich, da jeder nur eine Stimme hat. Außerdem ist die Stimmabgabe direkt und geheim; das Wahlgesetz schreibt amtliche Wahlurnen vor und bestimmt als Wahltag einen Sonntag.

Der Wahlkampf im Lande hat besonders die letzten Wochen, mit großer Heftigkeit getobt. Allen voran übertraf das Zentrum in der Stempellosigkeit seiner Mittel alle bisher dagewesenen. Die Sozialdemokratie hatte in allen 80 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, wobei allerdings eine größere Anzahl Doppelpostulaturen der führenden Genossen unermesslich waren. Die bisher vorliegenden Nachrichten besagen, daß nur in einigen 80 Wahlkreisen endgültige Ergebnisse bei der Hauptwahl erzielt wurden. Darunter sollen fünf Sozialdemokraten sein. Das das Zentrum in der Kammer die Mehrheit erhalten wird, ist noch nicht sicher, erscheint aber schließlich nicht ausgeschlossen. Überwiegend besagt das Ergebnis in Bezug auf die Verteilung der Macht in der Kammer noch nicht. Aber eins wird von allen bürgerlichen Nachrichtenquellen betont und bestätigt, daß die Sozialdemokratie eine gewaltige Stimmzunahme gegenüber den letzten Reichstagswahlen erzielt hat. Auch das Wahlgesetz der politischen Welt, daß der regierende Kern der Sozialdemokratie in aufnahmefähig ist!

„Auserordentliche Annahme der Sozialdemokratie!“
 Straßburg, 23. Oktober. Die Landtagswahlen gingen gestern unter großer Beteiligung der Bevölkerung vor sich. In Straßburg haben durchschnittlich 80 bis 85 Prozent der Wahlberechtigten gewählt. Gleich nach der Eröffnung der Wahllokale, gegen 10 Uhr vormittags, begann der große Andrang, so daß die Wahlberechtigten teilweise Stundenlang warten mußten. In einigen Wahllokalen mußten die Wähler mit Leuten aus den Fenstern sitzen, bis das Lokal verlassen zu können. Bis 12 Uhr mittags hatten bereits 50 Prozent gewählt. Nachmittags fauchte die Beteiligung ab, aber erst gegenüber den letzten Reichstagswahlen waren eine außerordentliche Zunahme der Sozialdemokraten zu verzeichnen. Auch die Liberalen und Demokraten haben zugenommen, das Zentrum durchweg abgenommen. Bei den Liberalen und Demokraten herrscht eine sehr gehobene Stimmung, obwohl wider Erwarten in Straßburg keiner der Führer im ersten Wahlgang durchgegangen ist. In Straßburg sind größtenteils liberale Blockkandidaten, in den übrigen Bezirken Zentrumskandidaten gewählt worden. Bis 10 Uhr abends waren gewählt: 2 Liberale, 10 Zentrumskandidaten, 5 Sozialdemokraten, 9 Kandidaten des Lothringers Block und ein unabhängiger Agrarier. Nachwahlen (Stimmabgabe) haben, soweit bis jetzt bekannt ist, in 24 Kreisen stattgefunden.

Sieben Sozialdemokraten gewählt!
 Die Resultate bis 11 Uhr nachts lauten: 9 Zentrum, 7 Sozialdemokraten, 7 Lothringers Block und 2 Liberale endgültig gewählt. In Metz stehen zwei Liberalen, 8 Demokraten und 1 Unabhängigkeitskandidat, in Wissembourg 8 Demokraten und in Straßburg 3 Liberale und 1 Demokrat in ausstehender Stichwahl. In den meisten übrigen haben die Sozialdemokraten Stichwahlkandidaten. In Lothringen sind größtenteils liberale Blockkandidaten, in den übrigen Bezirken Zentrumskandidaten gewählt.

Politische Uebersicht.

Salle a. S., den 21. Oktober 1911.

Kriegsgefahr als Wahlarose.

Die junckerliche Kriegszustimmung will noch immer nicht die Hoffnung aufgeben, daß die Regierung Europa in Brand stecken wird, um die bedrohten ostelbischen Jünterflüssen vor dem toten Umlauf zu retten. Sie schreibt:

Mag der Diplomat dem Grundgesetz huldigen, daß bei seinen Geschäften Gefühl und Temperament nicht mitzusprechen haben; in der inneren Politik führt das bloße geschäftliche Rednen allemal zu Mißerfolgen. Wie leicht wäre es jetzt einem deutschen Staatsmanne, das starke patriotische Empfinden des ganzen Volkes hinzulenken auf die großen Aufgaben der Gegenwart, denen die Sorge der Regierung selber gilt! Wir wollen nicht daran zweifeln, daß der Reichstagspräsident, bei Beantragung der Interpellationen selber an das Volk appelliert, daß es die deutsche Einheit und Macht, die gemeinsamen Interessen geistiger und materieller Art verteidige gegen alle inneren Feinde, den Parteihetz, den Stammeshaß, den revolutionären Internationalismus und was sonst am deutschen Volkstum geht. Vielleicht findet unsere Regierung auch im Hinblick auf die Wahlen das rechte Wahlwort, das eine kriegsbereite Schaar ins Feld rufen gegen den Umlauf. Aber nach den bisherigen Erfahrungen kann diese Hoffnung leider nur gering sein.

Und siehe da! Schon findet sich auch die fromme Germania (es lebe der schwarz-blaue Hohl!) als Helferin in der Kriegsgefahr ein, indem sie orakelt:

Auch die Markofffrage kann noch immer zu ernsten Weiterungen führen. Einmal heißt es, man habe sich über die Komposition der Deputation für die Ueberlassung von Karoffo an Frankreich im französischen Kongreß erhalten soll, schon in allgemeinen Umrissen verständlich, dann kommt die Nachricht, daß man mit der Wahrscheinlichkeit des Scheiterns der Verhandlungen rechnen müsse. Mit der Verständigung kann es schon deshalb nicht so weit her sein, weil, wie wir erfahren, Frankreich sich beharrlich weigert, uns den Weg zum Kongreß freizugeben. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, wie außerordentlich wichtig gerade ein schiffbarer Strom, der direkt in den Ocean mündet, für unsere deutschen Interessen in Zentralasien wäre.

Einmal hat sich die fromme Gesellschaft über den französischen Gemohnen Bailant betrogen, als er rief: „Pluto! la rebellion, la guerre! Wieder die Rebellion als den Krieg! Zum denken ist selbst. Wieder den Krieg als eine Wahrscheinlichkeit. Hier ein paar Hunderttausend Tote als ein paar Zentnerschiffe weniger!“

Gegen die Wahlfreiheit der Beamten.

Für die verdiente Förderung, die das Zentrum in Düsseldorf erhalten, will es sich nun rächen, indem es in einer heftigen Resolution gegen die Wahlfreiheit der Beamten Stellung nimmt. Die ihm bei der Wahl über die Unterstellung in gewöhnlicher Weise zuteil werden ließen. Zunächst wurde ein Oberregierungsrat benannt, daß er für die Sozialdemokratie agitierte, und trotz entschiedenen Leugnens des „Verdächtigen“, hält die kölnische Volkszeitung an ihrer denunziatorischen Behauptung fest. Nun fürstet sich auch die Germania auf einige hohe Beamte, die bei der Stichwahl zwischen Oberland und Friedrich v. Hauje geblieben sind und wendet sich drohend gegen die Regierung:

Die Offentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie die Regierung zu der ungeheuerlichen, seit dem Bestehen des Reiches noch nicht dagewesenen Tatsache sich stellt, daß ein Regierungspräsident und ihm unterstellte Beamte bei der Stichwahl anwesend, die ihm bei der Wahl über die Unterstellung in gewöhnlicher Weise zuteil werden ließen, und dadurch die Wahl des Umläufers fördern. Die Offentlichkeit will wissen, ob jene Beamte durch ihre Wahlhaltung den Intentionen der Regierung gemäß gehandelt

haben. Sollte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hierüber nichts zu sagen wissen, so wird die Frage später an einer Stelle wiederholt werden, an der sie beantwortet werden muß.

Das Zentrum, das doch selbst eine Anzahl hoher Beamter in seinen Reihen zählt, hat vor fünf Jahren aus wohlthätigen Gründen in zahlreichen Kreisen die Wahl von Sozialdemokraten gebietet — nicht nur durch Wahlenthaltung, sondern durch aktives Entziehen für den Umläufer. Mit dem verstorbenen Gemohnen Erhardt hat der jetzige Wälder Erzbischof seinen berühmten Wahlpakt bei den Kaisergräbern von Speyer abgeschlossen! Jetzt verlangt dasselbe Zentrum, daß die Beamten von der Regierung womöglich an den Haaren zur Urne gekehrt werden sollen, um ihm gegen die Sozialdemokratie Helfersdienste zu leisten.

Es handelt sich, wogegen, nicht um das Eintreten der Behörden für eine Partei, sondern im Gegenteil um ihre vollkommene Nichtemittierung. Diese Nichtemittierung ist es, die dem Zentrum die willkürliche Walauswahl entlockt.

Die Beamten erleben aus dieser Einschätzung wieder einmal, daß sie nur willkürliche Werkzeuge der jeweiligen Wähler sind. Das Recht der Wahlfreiheit, das schließlich der Arbeiter geht, soll dem Beamten verweigert werden. Aber das liegt tief im germanischen Gemohnen. Der Herrschaftsverantwortung. Es wird damit erst gebrochen werden, wenn die Sozialdemokratie ihre Forderungen auf vollständige Sicherung der Wahlfreiheit und des Wahlgenusses durchsetzen kann. Vorläufig dürfte der Regierungsrund auf die Beamten noch Steigerungen erfahren.

Zeppelin steigt — in den Reichstag?

Die Wahlen von 1907 waren gekennzeichnet durch die allgemeine Verneinung der bürgerlichen Parteien für die sogenannten „Nichtwähler“, d. h. für die Leute, die bisher niemals zu einer Wahl gegangen waren, weil sie von Politik keine Ahnung hatten und sich für sie nicht im mindesten interessierten. Immerhin hat damals politische Ahnungslosigkeit nur für Wähler als ein Vorzug gegolten, nicht aber für Kandidaten zur deutschen Volksvertretung, bei denen man doch ein bestimmtes Sachverständnis als wünschenswert voraussetzte. Die Wahlen von 1912 aber werden gekennzeichnet sein durch die bürgerliche Begeisterung für den „Nichtwähler“ als Politikversteher. Dieser Nichtwähler heißt Graf Zeppelin, und er genießt das grenzenlose Vertrauen aller bürgerlichen Parteien, weil man in ihm einbildet einmal den Mann gefunden hat, der von Politik ganz bestimmt nichts versteht. Wenige Deutsche können auf diesem Gebiet eines so lächerlichen Alibi beweisen erbringen, wie der berühmte schwäbische Graf, der jahrelang nur einer großen technischen Idee gelebt und sich mit dem lebensfähigsten Eigennutz eines dahindereitenden Erfinders restlos einer Sache hingeegeben hat, die von der Politik einige hundert Kilometer Luftlinie entfernt bleibt.

Graf Zeppelin sollte zunächst in Stuttgart aufgestellt werden, jetzt hat man für ihn den 14. württembergischen Wahlkreis Ulm ausgerufen, wo er den von Herrn Georg (Vollspartei) ausgegebenen Preis gegen die Sozialdemokratie halten soll. Der Graf genießt selbstverständlich die Sympathie aller bürgerlichen Parteien, denn bei der selber höchsten Zentrum und Nationalliberalen, Agrarier und Fortschrittler keinen Unterschied macht, kann ja auch er alles recht sein.

So benehmt der Fall Zeppelin in bester Weise, wie weit große bürgerliche Kreise auch heute noch von dem ABC der Politik entfernt bleiben. Man bildet sich immer ein, man kann es ja auch oft in bürgerlichen Zeitungen lesen, der Reichstag müßte mit den „glänzenden Namen“ geknüpft sein, und fällt es dabei für ganz gleichgültig, ob die Träger dieser glänzenden Namen für die Dinge, die im Reichstag zu verhandeln sind, auch nur das mindeste Verständnis und Interesse haben. Darum richten jene braven Willkürer ihr Augenmerk gerade auf jene wenigen Personen, die entschuldigt sind, wenn sie von Politik nichts verstehen, weil ihre Verdienste eben auf ganz anderen Gebieten liegen! Daß für die Aufgaben, die im Reichstag zu lösen sind, beispielsweise ein tüchtiger Vorleser oder Sekretär eines Arbeitervereins hundertmal brauchbarer ist als eine unpolitische Persönlichkeit der Kunst, Wissenschaft oder Technik, will ihnen durchaus nicht in den Kopf.

Zeppelins Antwort auf das Angebot der Kandidatur ist gut in dem auszufallen. 1907 erhielten im Wahlkreis Ulm Stimmen: Volkspartei 10 933, Sozialdemokratie 7288, Zentrum 4648, Bismarck 2488. In der Stichwahl legte der Wähler mit 10 917 Stimmen über den Sozialdemokraten, der 10 218 Stimmen erhielt. Sollten bei der kommenden Wahl die Sozialdemokraten von Ulm, wie wir hoffen und wünschen, den berühmten Erfinder ganz der Aufgabe erhalten, der er seinen Ruhm verdankt und die zu ihrer Lösung noch vieler Arbeit bedarf, dann wird sich wieder einmal ein groß Gefährte darüber erheben, daß ein so großer Mann einem „namenlosen Proprietarier“ unterlegen sei. Wir dürfen heute schon über dieses Gefährte lachen und können im Voraus versprechen, daß sich dieser namenlose Proprietarier in Fragen der Luftschiffahrt nicht als Sachverständiger aufspielen wird. Der berühmte Graf würde aber vielleicht sehr klar daran tun, wenn er den Versuch unternähme, sich an politischen Sachverständigen mit irgend einem Sozialdemokraten zu messen, der mit hingebendem Eifer einer andern, noch größeren Aufgabe dient, als er selbst.

Deutsches Reich.

— **Denkschrift über die Jugendpflege.** Dem preussischen Landtage soll eine Denkschrift über die Einwirkung der Jugendpflege in Preußen vorgelegt werden. In dieser Denkschrift will die Regierung den Umfang des für die Jugendpflege in Betracht kommenden Gebietes und die bisher von den verschiedenen Organisationen entwickelte Tätigkeit darstellen. Die Denkschrift soll dann die Grundlage weiterer Maßnahmen zur Ausgestaltung der „preussischen Jugendpflege“ sein. — Die Kette zur Unterbindung der freien Jugendbewegung soll weiter geschmiedet werden.

— **Preisfälligkeit für den Erdmörder!** Das Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft hat an den Bundesrat und den Reichstag die eingehend begründete Bitte gerichtet, allen auf Abänderung des Strafgesetzbuchs gerichteten Vorschlägen auf die Entscheidung der Abgeordneten zu verzichten zu lassen. Die Mitglieder der Königsberger Kaufmannschaft sind fast durch die Bank in der Wollgefarbte Preisfälligkeit. Man vergleiche mit deren Vorschlag die Tatsache, daß in der Preisfälligkeit und im Parlament die Befreiung der Einfuhrzölle als die Forderung des Tages hingestellt wird!

Die Revolution in China.

Alle verlässlichen Nachrichten stimmen darin überein, daß die Revolutionäre siegreich geblieben, die kaiserlichen Truppen zurückgetrieben und ihre Lager besetzt haben. Die Angabe, daß die Kaiserlichen 1000 Mann, die Revolutionäre 100 Mann verloren, erscheint stark übertrieben. Die Revolutionäre befinden sich bereits auf dem Vormarsch nach Peking. Ihr nächstes Ziel ist Peking, hundert Kilometer nördlich von Canton. Im Besitz dieses Punktes werden sie den Kaiserlichen die Benutzung der Bahn von Peking nach Canton freitig machen können.

Die Nachricht vom Siege der Revolution wird der Revolution zweifellos neue Scharen zuführen. Schon wird der Ausbruch der Revolution in der Gegend von Peking angebahnt und die Regierung ist offenbar von großer Furcht erfüllt. Denn während sonst die äußerste Gewaltthat der Regierungshinrichtung der Mandarins ist, wird jetzt alles, was sich von der Revolution loslöst, volle Aufmerksamkeit zugeführt. Auch das Judentum Chinas ist für die Sache, daß es an einem erfolgreichen Widerstand nicht glaubt. China ist a republic — was vor einer Woche ungläublich klingen würde — in den Reich der Wahrscheinlichkeit gerückt.

Die Regierung bankrott! Aus Peking wird über den chinesischen Finanzruhr gemeldet, die Regierung habe die Zahlungen eingestellt. Die Revolutionäre hätten 40 Millionen an Staatsgeldern „gegraben“. China bedrohe eine enorme Krise. Die chinesische Finanzkrise dürfte viele europäische Firmen, die in China Handel treiben, fürchterlich schädigen.

64

Das Monopol.

(Nachtr. verb.)

Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Kulis.

Wald darauf machte sie sich auf den Weg, um Barbara Dmitriowna zu besuchen, die sie mit aufrichtiger Freude empfing. Sie beachte sich bald die Rede auf ihren Sohn, indem sie meinte:

„Wenn Sie nur wüßten, wie sehr ich Glets wegen befohlen bin! War er nicht größer bei Ihnen? — Wie finden Sie ihn? Nicht wahr, er sieht ganz schönlich aus? — Ich habe — Glets werden es in wissen mit Ihrem Mann, seinetwegen die Sprache gewöhnlich, ein wenig der Weisheit Zuhörer? Hat er Ihnen etwas gesagt? Ach, ich bitte, ich beschwöre Sie, sagen Sie mir alles, verschweigen Sie mir nichts!“

„Wovon ich nichts weiß, davon kann ich Ihnen auch nichts verschweigen“, war Nabescha Natalownas Antwort. „Mein Mann ist — was keine ärztliche Praxis anbelangt — sehr zurückhaltend.“

„Und ich dachte, Sie kommen, um mir Trost zu bringen“, sagte Barbara Dmitriowna wehmütig.

„Wandmal ich gegenwärtiger Gedankenanstausch der beste Trost.“

„Wandmal aber auch das direkte Gegenteil.“

„Warum einem das? Warum die schicksalhafte Seite ablesen? — Es kommt vor allem doch darauf an, wie wir selbst uns zu irgendeiner Frage verhalten. Am schlimmsten ist's, wenn man nicht objektiv genug ist, um gegen die eigenen Vorurteile anzukämpfen zu können.“

„Über wozu sagen Sie mir das, was meinen Sie damit?“

„O nichts, es war nur eine allgemeine Bemerkung, die sich aus dem berühmten Thema ganz von selbst ergab. Aus Ihren Worten sprach ein niederdrückender Pessimismus, und Pessimismus ist Vortortel.“

„O, man könnte frohlos werden, wenn man nicht weiß, wo man ein Leben findet, wie man es befehlen soll.“

„Das geschieht meistens dann, wenn man das Leben auswärts sucht, während es sich in unserer eigenen Seele verbirgt.“

„O, in die eigene Seele kann man sehr wohl hineinkommen, wenn man nur ernstlich will, aber in die Seele eines andern bilden, und wenn es die Seele des eigenen Kindes ist, das ist schwer, unendlich schwer.“

„Da haben Sie ganz recht, Barbara Dmitriowna, aber durch die eigene Seele kann man am besten in der Seele anderer, — in erster Linie auch seines Kindes — lesen.“

„Sie sprechen heute in Rätseln. Ich weiß nicht, was Sie meinen, wo Sie hinaus wollen.“

„Sie sind doch so sehr um Ihren Sohn besorgt, um möchten gern den Grund seiner Seelen erfahren.“

„Wissen Sie etwas? Haben Sie irgendeine bestimmte Vermutung? O, ich bitte, ich beschwöre Sie, sagen Sie mir alles, alles!“

„Ich sagte Ihnen ja schon, daß ich nichts weiß. Ich denke aber, daß Sie selbst weit mehr wissen, als Sie glauben. Sie müßten sich nur selbst prüfen.“

„Ach nein, nein, da irren Sie sich ganz entschieden!“

„Wissen Sie, ich glaube? — Es ist natürlich um meine persönliche Meinung.“

„Nun, und...?“

„Ihr Sohn hat irgendeinen geheimen Seelenkummer.“

„Dann bin ich so gar überzeugt, weiß aber nicht, was es sein kann, was es ist, da er verschlossen ist, wie er es früher nie gewesen.“

„Haben Sie keine schwerwiegenden Vermutungen?“

„Ich wüßte nicht... Denn was Julie Karolowna meinte, was ich dann eine Zeit über ebenfalls dachte, das kann es ja nicht sein, weil er es ganz entschieden bestritten hat. Und ich kenne keine Wahrscheinlichkeit.“

„So! Was Ihre Gesellschaftlerin hat auch schon Vermutungen gehabt? Was das wohl gewesen sein mag? — Doch entscheidigen Sie, Barbara Dmitriowna, es steht mir jedenfalls ganz fern, Sie irgendwem mit indiskreten Fragen belästigen zu wollen...“

„O, nicht doch, nicht doch! Von Indiskretion kann gar keine Rede sein. Ich habe davon ja auch noch im Mann nicht gesprochen. Aber er ist im Grunde so abgemüdet; denken Sie sich doch nur, Julie Karolowna meinte, die Kaiserin Natala...“

„Was Sie sagen! Das wäre allerdings eine sehr lächerliche Vermutung. Und haben Sie Ihren Sohn daraufhin beobachtet, ausgetragt?“

„Das eine, wie das andere. Es schien mir zwar, daß er sie manchmal bedeutungslos anblickt, daß er in ihrer Gegenwart betrogen, manchmal erregt schien. Ich ich jedoch eine direkte Frage an ihn richtete, bestritt er ganz entschieden, daß... ja, wie drücker ist sich damals doch aus — daß er Natala sonst nicht so ruhig von uns fortgelassen hätte. — Sie wissen doch, damals, als Sie sie nach Moskau mitnahmen.“

„Dann glaube ich allerdings selbst, daß nichts ernsthaftes dahinter steckt. — Aber wenn man schon einmal auf einer Fahrt ist, so ist es doch interessant, sie bis zur letzten Konsequenz zu verfolgen.“

„Sie meinen doch nicht etwa, daß mein Sohn mir eine Unwahrheit gesagt hat?“

„Ich will nur alle Wahrscheinlichkeiten erörtern, ohne selbst irgend etwas zu meinen. Doch vielleicht ist Ihnen das Gespräch unangenehm? — Vielleicht ist es besser, wir hören damit auf?“

„Ach nein, nein, warum aufhören! Ich möchte nur wissen, weshalb Sie eine Fahrt noch weiter verfolgen wollen, die sich als so sehr erweisen hat?“

„Könnte nicht ein Irrtum, eine absichtliche Fälschung vorliegen?“

„Ja, aber weshalb denn, was könnte wohl der Grund dazu sein?“

„Vielleicht Sie selbst.“

„Nun sprechen Sie wieder in Rätseln. Sagen Sie mir, — ich bitte Sie inständigst darum! — was Sie damit meinen. Sie scheinen sich schon eine ganz bestimmte Ansicht gebildet zu haben, da Ihr letzter Hinweis mit Ihrer allgemeinen Bemerkung wesentlich übereinstimmt.“

„Nein, ich will, da geben Sie entschieden zu weit, Barbara Dmitriowna. Ich meine nur, daß es manchmal möglich sein kann, die Ursache negativer Resultate in sich selbst zu suchen.“

„Sie meinen wohl einen Mangel an Beobachtungsgabe, an Schonförmigkeit?“

„Nein, nein! — mitunter der Fall sein. Ich dachte aber an etwas ganz anderes: Ich meine, daß wir oft entstellte, unwahre oder absichtlich irreführende Antworten erhalten, weil der Befragte es weiß, daß wir vorurteilvoll sind und die nackte Wahrheit nicht vertragen können.“

Barbara Dmitriowna rief nach diesen Worten Nabescha Natalownas ihre Augen weit auf, daß die Sprecherin mit einem Ausdruck heftigen Schreckens, — man könnte fast sagen Entsetzens, — an und stammelte:

„Gott, mein Gott, was sagen Sie da, dann wäre es ja doch noch möglich, daß er Natala... das er sie liebt...? Und um mich zu können... ja, ja, das könnte sein... selbst er... ist er unglücklich.“

„Sie müssen nicht gleich glauben, daß es sich tatsächlich so verhält“, ludte Nabescha Natalowna die erregte Mutter zu beruhigen. „Es sind ja nur Möglichkeiten, vielleicht ganz möglich Annahmen, was ich Ihnen da eben sagte.“

„Aber ich will, ich muß es wissen! Ich will, daß Barbara Dmitriowna, indem sie ihr Antlitz mit den Händen verbergt.“

„Dann müssen Sie versuchen, Ihren Sohn zum Sprechen zu bringen. Mein Mann behauptet stets, daß der geheime Seelenkummer die gefährlichste Krankheit ist, weil man niemals weiß, wie sie zu befehlen ist. Ein offenes Leben, wenn es noch so schlimm ist — ich will sich oft durch ein rationales Mittel mit einem Male befeigen. Stellen Sie sich doch nur vor, Ihr Sohn liebt Natala mit jeder Haare seines Herzens. Er liebt aber auch Sie. Und um Ihnen schweren Kummer zu erlangen, verachtet er lieber auf das eigene Lebensglück, wird er sich machen, als Sie dadurch elend, — vom Leben, wenn es ihm eben so hat, gar nicht zu reden! Nun fragt es sich, was besser ist: sich mit einer Ansicht auszusöhnen, die man nicht teilen kann — wobei es noch sehr fraglich ist, ob man schließlich nicht doch noch einmüßigt, daß diese Ansicht ein Vorurteil war, daß das befehlende Unlück nicht einmal den Irrtum, der sich bei der Wahrheit habe verbergt, aber sich selbst, und die man am meisten liebt, für immer unglücklich machen.“

„Ach, beste Nabescha Natalowna, ich weiß nicht, was ich tun soll.“ (Schlußwort Barbara Dmitriowna. „O, wenn Sie wüßten, wie unglücklich ich bin!“)

(Fortsetzung folgt.)

Rußland.

Wiev ist noch jetzt Folgespiel? Die Mission der Wiener Öhrana (Geheimpolizei) durch den Senator Krusiwitsch (die übrigen ausgegangen ist wie das Sornberger Schießen) hat u. a. die pitante Tatsache zu Tage gefördert, daß A few noch jetzt in den Diensten der Geheimpolizei steht und in der letzten Zeit enorme Summen für seine „nützliche“ Tätigkeit erhalten hat. — Wie sollte auch Nikolaus II. seinen treuen Gängelerseranten mißfallen?

Im Zeichen des Krieges.

Genosse Parvus schreibt uns aus Konstantinopel: Die türkische Regierung hat die Vertreter der italienischen Presse ausgewiesen. Das ist eben Krieg — er zeitigt seine Folgen. Die Lage der hiesigen Italiener ist durch den Krieg überhaupt eine sehr prätere geworden. Sie können vor allem jeden Augenblick ausgewiesen werden. Wie groß ihre Zahl ist, weiß man nicht. Nebenfalls sind es mehrere Tausende. Sie sind zwar höchst unzufrieden an dem Kriege, aber wie es die Franzosen anno 70 gegenüber den Deutschen, die Russen gegenüber den Japanern 1904 getan haben, so übertragen jetzt die Türken ihrerseits die italienische Regierung auf die Italiener überhaupt. Die Barbarei des angeblich „zivilisierten“ Italiens merkt in diesen ungeschminkten Barbaren ein Ackergefühl, das nach Opfern sucht. Dennoch wagen sie die allgemeine Ausweisung nicht, und zwar aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung Europas. Das alles war es die Stellung der internationalen Sozialdemokratie zu diesem Kriege, die hier einen großen Eindruck hervorgerufen hat — ganz besonders, selbstverständlich, der heldenmütige Protest der italienischen Arbeiter. Es ist zu hoffen, daß es infolge dessen gelingen wird, Tausende von Arbeitern dem bitteren Joch der Verbannung zu entziehen.

Bei allem werden die Italiener in der Türkei bis zum Abschlusse des Krieges zu erdulden haben. Sie werden geduldet, Italiens Arbeiter und Angestellte werden entlassen, der Verkehr mit den italienischen Geschäftsleuten wird unterbrochen. Bereits erteilte Verfügungen werden zurückgezogen. Das sind Dinge, von denen ich mich persönlich überzeugt habe. Der Handelverkehr mit Italien steht erst recht. Einzelne Geschäftsmänner haben in aller Form ihre Verbindungen mit den italienischen Fabrikanten aufgehoben. Dadurch führt sich besonders die italienische Textilindustrie getroffen. Die türkischen Zeitungen publizieren viele italienischer Textilfabrikanten an ihre hiesigen Kunden, in denen himmelhoch bestreicht wird, daß die entsprechenden Herren Kapitalisten seine Schuld an dem Kriege tragen und die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Geschäftsverbindung nach dem Kriege ausgesprochen wird.

Die Kämpfe in Tripolitanien sind erst in ihren Anfängen. Jetzt, da die italienische Armee in das Innere des Landes eindringen hat, beginnen erst die Schwierigkeiten. Es darf bereits als ziemlich sicher gelten, daß die Massen der Eingeborenen Widerstand leisten werden. Die paar arabischen Hauptlinge samt dem Präsesen der Stadt Tripolis, die die italienische Regierung sich gekauft hat, haben demgegenüber nicht viel zu bedeuten. Die Volksmassen sind gegen die Italiener und sie haben bereits ihre Hülfen gefunden. Ich hatte im vergangenen Winter wiederholt Gelegenheit, einen der türkischen Offiziere, die jetzt den Widerstand der Tripolitaniern organisieren, kennen zu lernen. Es ist dies Djemil, Deputykaiser von Tripolis, ein europäisch gebildeter Mann von demokratischer Gesinnung mit ausgesprochen sozialistischen Tendenzen, der die Noth der Volksmassen kennt und deren Vertrauen genießt.

Die tripolitaniischen Abgeordneten haben den Antrag gestellt, Halli Bascha, den früheren Großvezir, unter Anklage zu stellen. Sie beschuldigen ihn fast unerbittlich, Tripolitaniern an die italienische Regierung verkauft zu haben. Folgende sind die Hauptpunkte ihres Indizienbeweises: 1. Halli Bascha hat einen großen Teil der Truppen, die in Tripolitaniern standen, nach Jemen geschickt und so Tripolitaniern des militärischen Schutzes entböhrt. 2. Man unterließ es, Refuzien in Tripolitaniern auszulagern, trotz dem dringenden Verlangen der Bevölkerung. Erst seit 4 Monaten geschick das, aber auch das hat man, seit 10 000, bloß 3400 Mann ausgesprochen. Man hat freiwillige zurückgewiesen, unterließ es, Refuzien (Refuzier) zu bilden. 3. Es befanden sich in den Arsenalen von Tripolis 40 000 Gewehre, System Martini und Schneider. Die Regierung hat sie zurückgegeben, angeblich, um sie durch bessere zu ersetzen, was aber nicht geschah. 4. Die Regierung hat Offiziere, die das Land kannten, aber, ohne sie überhaupt zu ersuchen, 5. Weil sich Italien beschwerte, wurde der Wahl von Tripolitaniern, Ibrahim Bascha, nach Konstantinopel berufen und hier zurückgehalten, so daß Tripolitaniern in der kritischen Zeit ohne Regierungschef blieb. (Wir können jetzt noch hinzufügen, daß unterdessen der von Italien bestochene Stadtpräsident von Tripolis mit den arabischen Hauptlingen inkonspizierte, diese in italienischen Sold nahm und mit ihnen förmliche Verträge abschloß.)

Dieser Anklageakt, dem noch andere, weniger wichtige Punkte angehängt wurden, hat großes Aufsehen hervorgerufen.

In der Erklärung des Großvezirs ist nur die Hervorhebung der Notwendigkeit eines Aufkommens der Balkanstaaten besonders bemerkenswert.

Meldungen vom Kriegsschauplatz.

Offiziell werden die italienischen Verluste bei Benghazi auf 1 Offizier und 24 Soldaten tot und 9 Offiziere und 68 Soldaten verwundet angegeben. Die Türken hatten 200 Tote zu beklagen. In der Nacht vom 19. zum 20. Oktober wurden die italienischen Truppen in Benghazi von Beduinen mehr-

mals angegriffen. Die Stadt wurde am Morgen des 20. Oktober befreit.

Konkrete Informationen zufolge wurden die Mitglieder der Verwaltungskommision in Benghazi ermordet und die Wohnungen der Europäer zerstört. Eine Befestigung dieser Mächte bleibt abzuwarten.

Rom, 28. Oktober. An amtlicher Stelle gibt man nunmehr geringe Einzelheiten über das Geseht bei Banghaz und Derna bekannt. Das Geseht nahm einen blutigen Verlauf und dauert noch weiter fort. Die Regierung hält die Telegramme über dieses Geseht zurück, um die Familien der Gefallenen vor der offiziellen Veröffentlichung der Verlustliste zu benachrichtigen. Dem Mesagiere zufolge soll es sich bei dem Kampf vor Derna um eine wirkliche Schlacht mit dem Toden und Verwundeten handeln. Der Pulverturm von Benghazi ist mit in die Luft geflogen.

Schwere italienische Niederlage?

Neueste Nachrichten melden eine schwere Niederlage der Italiener in Benghazi. Dort wurden 8000 Italiener durch türkische Truppen und Araber unter Scheich Abdul Wasid Ahmed und Sani in die Flucht getrieben. Die Verluste der Italiener sollen 800, die der Türken 115 Mann betragen haben. Die Italiener liegen bei der Stadt viele Waffen und Munition auf dem Schlachtfeld. In Benghazi herrscht unter den Italienern Disziplinlosigkeit; schwere Stürme schädigen die Flotte.

Deutscher Reichstag.

Die Sonnabend-Sitzung des Reichstags war kurz, aber keineswegs uninteressant. Die gesamte zweite Lesung der Vorlage über

Errichtung eines obersten Kolonial- und Konsulargerichtshofs wurde in ihr vorgenommen. Es gelang den Linken, die in der Unschicklichkeit des herkömmlichen Berliner-Wahlkreises einen zwar unwillkommenen, aber um so wirksameren Bundesgenossen fand, einen schönen Erfolg durchzusetzen, der offensichtlich nicht das Schicksal so vieler anderer Beschlüsse zweiter Lesung teilen wird, nämlich in dieser Lesung abzulehnen zu werden. Wenn die Stimmen der Rechten einschließlich des Zentrumsjuncks Berlin, wurde beschlossen, den vom Reichstag auf Ausziehung von Verwaltungsgemeinden zum obersten Kolonialgerichtshof zu befehlen. Selbstredend beteiligte sich auch unsere Fraktion, für die Genosse Stabthagen sprach, mit der, an diesem Kampf für die richterliche Unabhängigkeit, Dalkir freilich, unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten, waren Zentrum und Linke nicht zu haben. Ebenso blieb unsere Fraktion trotz Jauch von Ministerbeiden aus dem meisten bürgerlichen Fraktionen in der Minorität mit ihrem von den Senatoren Reime und dem Reichstagspräsidenten vertretenen Antrag, den die des neuen Gerichts nach Hamburg zu verlegen. Vergebens bemühte Genosse Webel, wie schon vorher Genosse Rohme, auf den Vorschlag mit dem Reichsgericht, dessen Sitz ebenfalls Leipzig ist; vergebens erinnerte er daran, daß die sonst so beachtete allgemeine Meinung der Kolonialen weichen Widerstand entgegenstehen für Hamburg ist. Die Mehrheit folgte dem Wunsche Linke und stimmte für Berlin.

Abg. Webel (Soz.) hatte ausgeführt: Herr Veder-Klein deutete an, daß wir uns wahlrechtspolitischen Gründen den Antrag gestellt haben, Hamburg statt Berlin zu wählen. Ich muß diese Auffassung zurückweisen. Aus demselben Grunde, aus denen wir früher für Leipzig als Sitz des Reichsgerichts getimmt haben, stimmen wir jetzt für Hamburg. Als ernannte Herrn Veder daran, daß damals auch das gesamte Zentrum für Leipzig getimmt hat. Auch unsere Berliner Kollegen werden für Hamburg stimmen, also wahlrechtspolitische Gründe beeinflussen uns nicht. Die Sache ist sehr einfach. Jeder Gerichtshof muß, in einem Wirkungsbereich tätig sein, der die besten Bedingungen für ihn schafft und das ist hier zweifellos Hamburg. In der Kommission war in der ersten Lesung auch die große Mehrheit dafür und erst auf das „unannehmbar“ der Regierung hin wurde Berlin statt dessen gewählt. Der einzige Grund, der für Berlin spricht, ist das Verlangen, alles mögliche in Berlin zu konzentrieren. Auf der Hauptversammlung der deutschen Kolonialgesellschaft am 1. Dezember vorigen Jahres hat kein einziger als der Präsident des Oberverwaltungsgerichts mit großer Entschiedenheit ausgesprochen, daß Hamburg sich zur gelingsten Zentrale für das Koloniale eben ausbildet und in diesem Betreben unterstützt und gefördert werden müsse, und daß daher auch der Sitz des obersten Kolonialgerichts Hamburg sein müsse. Einmütig hat dies auch der wirtschaftliche Landesverband von Deutsch-Ostafrika auf seiner Generalversammlung in Leipzig im Frühjahr dieses Jahres beklagt. Die gleiche Stimmung herrscht in der ganzen Kolonialen Welt; Sie fallen einen vernünftigen Beschluß, wenn Sie für unfern Antrag stimmen. (Beif. h. b. Soz.)

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, die sogenannten **Neuen Aktien in den Konsularbezirken**, wurde nicht vorgemerkt. Herr Stab hatte Vorschläge in Aussicht gestellt, die, wenn sie von den Linken ausgeben, von den Schwarz-Blauen als Obstruktion bezeichnet werden. Einen kleinen Obstruktionversuch, der aber glänzend scheiterte, hatte schon bei der vorausgehenden Beratung der Konföderative Dr. Wagner unternommen, um die Annahme der Einkommensteuern auf Sicherung der richterlichen Unabhängigkeit zu verhindern.

Die nächste Sitzung findet am Montag statt, und die Tagesordnungsinterpellationen stehen auf ihrer Tagesordnung.

Gewerkschaftliches.

Staatsarbeiterfrei in Bremen? Die „liberalen“ Verwaltungs-Deputationen des bremischen Staates wollen es anscheinend auf einen Streik der Staatsarbeiter ankommen lassen. Die Arbeiter fordern Lohnserhöhungen von 10 bis 20 Prozent. Das sind bedeutende Forderungen, wenn man berücksichtigt, daß noch Löhne von 3,70 bis 3,90 Mk. zur Tag bezahlt werden. Außerdem wird ein höherer Zuschlag für Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, sowie die wöchentliche Lohnzahlung gefordert. In den Betrieben mit Tag- und Nachtarbeit soll die achtstündige Arbeitszeit, in den übrigen die neunstündige eingeführt werden. Wie in den früheren

Jahren so wird auch jetzt wieder versucht, die Verhandlungen zu verschleppen. Eine Verhandlung mit der Organisation wird nunmehr abgelehnt. Mit Verweigerung glückt man die Arbeiter auszuweichen zu lassen. Aber deren Schuld hat jetzt ein Ende. Nur mit Hilfe gelang es der Organisationsleitung, eine von über 1600 Staatsarbeitern beauftragte Verammlung zu bewegen, die Arbeiterausdehnung zu beantragen, nochmals zu verhandeln und über das Resultat dieser Verhandlungen am Sonntagmorgen zu berichten. Von den bremischen Behörden werden bereits in der auswärtigen bürgerlichen Presse Arbeitswilligkeit gefordert.

Es wird dringend ermahnt, jeden Bezug von Gemeindegeld- und Staatsarbeitern nach Bremen fernzuhalten.

Aus den Nachbarkreisen.

Selbstlich. Stadterordnetenwahlen. Der Magistrat macht bekannt, daß die Stadterordnetenwahlen der 3. Abteilung am 20. November, von vormittags 8—11 Uhr, im großen Rathauslaube stattfinden. Die erste Klasse erleidet ihren Verlust in einer halben Stunde; dadurch wird dieses ungedeigte Wahlrecht schon zur Genüge gekennzeichnet. Während in der 3. Klasse 570 Wähler vorhanden sind, gibt es in der 1. Klasse deren nur acht; demnach haben diese acht Wähler 71 mal soviel Recht wie ein Wähler der 3. Klasse. Und das nennt man ein Wahlrecht! Die Arbeiterchaft wird nicht verärgern, die große Ungleichheit der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. In diesem Jahre wird der Kampf um die Kandidaten in der 3. Klasse ein äußerst scharfer werden. Die Arbeiterchaft hat ihre Kandidaten bereits nominiert. Einmütig wurden in einer Versammlung die Genossen Julius Walle, Maurer, und Arthur Sämlich, Schlosser, als Kandidaten aufgestellt. Der bürgerliche Wahlkreis ist sich über die Kandidatenfrage noch nicht einig. Viele Herren arbeiten fleißig im Punkte, um den Kandidaten, welcher bisher Stadterordneter war und am Ende dieses Jahres mit ansiedelt, zu Fall zu bringen.

In einem Eingekandt in Wochenblättern jammert ein kommunalpolitischer Kandidat, daß der, der jetzt das Stadterordnetenmandat in Besitz hat, unter seinen Umständen wieder gewählt werden dürfe. Bemerkung geht es aber nicht nach diesen Dingen, sondern die Wähler haben zu entscheiden. Was mag wohl der Grund sein, daß unter aussehender Genosse Sämlich, denn dieser ist gemeint, nicht wieder gewählt werden soll? Zum, unter Genosse hat ganz entschieden die Interessen der Arbeiter vertreten was dazu beitragen soll, daß es nur einige Rechte in diesem Korporatione sitzen haben, kein Stadterordneter mehr ein Verdienst zum Schloß hat. Manne doch der frühere Richter Schärer seine Kollegen selbst Schlämüchen. Wären unter Vertreter auch solche Schlämüchen, so hätte man gegen deren Anwesenheit nicht so viel einzusetzen. Die Arbeiterchaft hat bei den Stadterordnetenwahlen kaum ein Vordereubend zur Wahl freigegeben. Die bürgerlichen Herren haben sich aber, seitdem die Arbeiter sich an den Wahlen beteiligen, schnell auf ihr kommunalpolitisches Interesse begeben. Bei der letzten Wahl beteiligten sich bereits über 300 Wähler an der Wahl. Wenn nun auch die Wahlzeit eine recht unangünstige ist, so ist es demnach Pflicht eines jeden Wählers, sich an der Wahl zu beteiligen. Unsere Genossen beantragen in der letzten Stadterordnetenversammlung, die Wahlen an einem Sonntag stattfinden zu lassen. Wir erleben aus der Befamtmachung des Magistrats, wie er die Wähler der Arbeiter, erfrucht, Gehmaß, daß man sein, wenn der Bürgermeister eine mal die von der Bürgerlichen geprägte Arbeiterfreundlichkeit benehmen wird. Darauf werden die Arbeiter aber wohl lange warten müssen, und sie werden deshalb am 20. November diesen Herren die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben.

Verantwortlich für Beiträglich, Politische Freiheit, Partei-nachrichten Paul E. Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bad, Lokales Wilhelm Koenen, Provinziales und Verammlungsberichte Carl Kasparek, sämtlich in Halle.

Zum Reichstags-Wahlkreis.

Vangenbogen, 3 Mt. erhalten J. Stelzer, Eisenb. J. H. Teufelthaler 050 Mt. Reiwand.

Aus dem Geschäftverkehr.

Die hiesige Maschinenfabrik W. Endhoff & Co. zeigt augenblicklich in ihrem Schaufenster, Geleitzstr. 42, wie die Großproduktion in ihrem Fabrikbetriebe erfolgt. Sie hat zu diesem Zwecke von ihren Maschinen je 1 Knopfloch-, Lanquetter-, Schweiß- und Schnell-Rähmchine ausgestellt. Die Schnellheit ist eine frapierende, denn es schaffen die Knopfloch-Maschinen täglich bis 4500 Knopflöcher, die Doppelnaht-Maschinen 700 Meter Doppelnaht, während die Lanquetter-Maschinen täglich bis 650 Meter von Handarbeit faum zu untergleichende Lanquetter stellen und die Schnell-Rähmmaschinen in der Minute 4000 Stiche leisten.



Weltbekannt ist es, daß Thüringer Getreide das beste ist; der daraus hergestellte **Kardinal-Kornkaffee** ist deshalb unerreicht in Güte und Wohlgeschmack. Auch **Kardinal-Malz-Kaffee** erfreut sich seiner vorzüglichen Eigenschaften wegen stets steigender Beliebtheit.

Sunlicht Seife

10 & 25
Pfennig



nur allein!

Spitzen, Stoffe und Gewebe,
Die empfindlich oder zart,
Nur allein die Sunlichtseife
Gründlich reinigt und bewahrt!

Wahlhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Bilitzgen.

Constantino Bernardi

in seinen fabelhaften Leistungen:
Wie verschwindet der Türke Ismael?
Wie lässt sich Bernardi selbst verschwinden?
 Stammen! Verwunderung! Sensation!
 Hierzu das großstädtische Fracht-Programm.

Mittwoch
 abends 8 Uhr:
Familien-Vorstellung
 mit Constantino Bernardi.

Arbeiter-Sängerchor

Halle a. S., Mitglied des D. A. S. B.

Dienstag den 24. Oktober abends punkt 8 1/2 Uhr
 im kleinen Saale des „Volkpark“

Gesamt-Singestunde.

Das Erscheinen aller aktiven Mitglieder erwartet
 Der Vorstand. I. A.: Heinrich Koch.

Verband d. Maler u. Lackierer

Filiale Halle a. S.

Dienstag d. 24. Oktober cr., abds. 8 1/2 Uhr,
 bei J. Streicher, Kl. Klausstr. 7:

General-Versammlung.

Tagessordnung:
 1. Geschäfts-Bericht vom 3. Quartal. 2. Filial-Angelegenheiten.
 Um zahlreiches Erscheinen erucht
 Der Vorstand.

Konsumverein, Delitzsch u. Umgeg.

(eingetr. Gen. mit beschr. Haftpflicht).

Montag den 30. Oktober abends Punkt 8 Uhr
 im Lindenhof:

Ordentliche Generalversammlung

Tagessordnung:
 1. Bericht des Vorstands und Aufsichtsrats.
 2. Genehmigung der Bilanz und Beschlussfassung über die Verteilung des Vermögens.
 3. Bericht über das geplante Bauprojekt.
 4. Anträge: dieselben sind drei Tage vor der Versammlung einzureichen.

Der Aufsichtsrat. J. A.: Hermann Erhorn.

Verband der Fabrikarbeiter Dtschl.

Distrikt Ammendorf u. Umg.

Wir machen unsere Mitglieder nochmals auf den, am Mittwoch
 den 26. Oktober abends 8 1/2 Uhr, im Saal des „Vereinshaus“ zu
 Dienstadt stattfindenden

Heiteren Unterhaltungs-Abend

ausgef. von der Theatergesellschaft Strözelowitz, aufmerksam.
 Programme zu 20 Pf. sind bei allen Mitgliedsfirmen zu haben.
 Wir ersuchen zu allen Veranstaltungen die Mitgliedsfirmen mitzukommen.
 Die Ortsverwaltung.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem geübten Publikum sowie werten Freunden, Bekannten
 und Nachbarn die ergebene Mitteilung, daß ich das in der
 Burgstraße 22 gelegene

Konfitüren-Geschäft

eröffnet habe. Es soll mein eifrigstes Bestreben sein, alle mich
 betreffenden Kunden bei aufmerksamer Bedienung mit nur guter
 Ware auszuwarten. Hochachtungsvoll

Gertrud Matthes.

Restaurant Hugo Haase.

Mansfelder-
 strasse 11.

Dienstag den 24. Oktober:

Grosses Schlachtfest.

Hierzu ladet freundlichst ein
Hugo Haase.

Servierbretter

aus Holz, in sol. gut. Ausführung.
C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

+ Frauen +

Sichere Stifte bei Störung und
 Einigung der Stifte.
 Stärke 1.44, 2.46, 5.0, 8.48.
 Fil.-Dep. Dr. Conrad Scheidig,
 Halle a. S., Grenzweg 3a, 2.
 Damenbedienungs-Büro.

Gesellschaft mit Handverarbeiten
 zu verkaufen.
Diemitz, Bernauerstr. 6.

Kopfungziefer

mit Brut besetzt am schnellsten
LAUSIN. Preis 50 Pf.
 Nehmen Sie nur echt Lausiner.
 In Halle: **Otto Kramer,**
 gegenüber d. Glauchaer Kirche.

Gänse! Enten!

Garant. leb. Vintuh, 8
 Monate alt, vollst.
 ausgebackt, federvoll,
 reichlich, grob, idger.
 10 Gänse 32 Pf., 10 Hühner 20 Pf.,
 38 Enten, 12 Enten 20 Pf.
**Ad. Straußand, Myslowitz
 O/S. 86.**

Max Morgner, Buchbindermeister,

Papier-Handlung, Triftstrasse 20,
 empfiehlt sich höchlich bei Bedarf.

1 Waggon Seefische

Dienstag früh eintrafend.

Goldbarsch 1 1/2 - 3 Pfd., ohne Kopf **25 Pfg.**
Rabeifisch 1 1/2 - 3 Pfd., ohne Kopf **28 Pfg.**
Karboneben, bratfertig „ „ **35 Pfg.**
Kabeljau groß „ 33 „ **Schellfisch groß** „ 30 „
Scholle 1 1/2 - 2 Pfd. „ 35 „ **im Ankauf** „ 30 „
 Alle anderen Seefische billig.

**Dr. Ulrich-
 Straße 58. „Nordsee“** Telefon 1276.
 Vertreter: **Alb. Assmus.**

Ständesammlige Nachrichten.

Diese-Sab (Steinweg) 21. Okt.

Angeschieden: Wochenschiff Kramer
 und Emilie Germer (Schützen-
 strasse 18 und Seeben). Arbeiter
 Schubert und Anna Pfeiffer
 (Bismarckstr. 10 u. Bismarckstr. 10).
 Waisenkindern Schule u. Martha
 Weidner (Alter Markt 1 und
 Bismarckstr. 19). Maurer Weid-
 mann und A. Müller (Brime-
 nachel). Gastwirt Sengenstraß
 und K. Köber (Schmidtsche
 und Bernstei). Arbeiter Kac-
 marek und A. Matzsch (Göben).
 Schloffer Drecker und Streben
 sicker (Hörsingeweg). Diplom-
 Ingenieur Hünberg und Angela
 Holzbisack (Halle und Dresden).

Schickelungen: Postbote
 Schüller und Anna Sommer
 (Kreuzbergstr. 20 u. Schwedler-
 str. 2). Gehilfen Grottel
 und Annette Berger (Schützen-
 strasse 3) und Lortzstr. 24).
 Modellierer Kasse und Martha
 Hübner (Blumenstraße 11 und
 Steinweg 14). Reinhold'scher Koch
 und Peter Reinhold'scher (Vieh-
 marktstr. 16 und Bismarck-
 strasse 10). Antje Seiler und
 Lina Hartmann (Lützowstr. 24
 und Bismarckstr. 26). Aus-
 mann Präger und Gertrud Hien-
 garten (Berlin u. Streiberstr. 40).
 Schloffer Emilie u. Margarete
 Bögel (Marianenstr. 28 und
 Krausenstraße 10). Arbeiter
 Döschel und Anna Schulze
 (Reine Ulrichstraße 5 und in der
 Scheune 3). Schloffer Wlad u.
 Otto Wladimir (Hofstr. 34
 und Brunnenstraße 11). Arbeiter
 Proß und Frida Feil (Streiber-
 strasse 20 und Steinweg 32).
 Schuhmachereimer Odt u. Ida
 Schumann (Weg u. Steinweg 30).
 Kaufmann Präger und Anna
 Köpfer (Landsbergerstr. 60).

Geboren: Arbeiter Schaner-
 hammer E. (Bismarckstr. 31).
 Arbeiter Richter L. (Dresden-
 strasse 22). Hühnerbröcker Gäbler
 E. (Hörsingeweg 88). Arbeiter
 Böhm E. (Reine Schlofferstr. 5).
 Dipl.-Ingenieur Regel E. (Hörs-
 ingerstr. 200). Schmied Schmidt E.
 (Schmidtsche 19). Briefträger
 Schütz E. (a. Markt 20).
 Gehilfen Grottel (Hörsingeweg 88) und
 Antje Weigert E., 5 Tage
 (Viehnauerstr. 162). Weiden-
 hüllers Walter aus Berlin E.
 1 J. (Markt). Arbeiter Weibele
 und Odt, 47 J. (Hörsingeweg
 E., 8 W. (Steig 19)).

Gesteuer (Dr. Brunnerstr. 3a).
 21. Oktober.

Angeschieden: Gehilfenfr. Weiß
 und Hedwig Vogel (Gölsendorf
 und Bismarckstr. 38).

Schickelungen: Former Leopold
 und Ida Richter (Große
 Bismarckstr. 38 und Bismarckstr. 2).
 Arbeiter Dietrich und Maria
 Weinhold (Trothaerstr. 3).
 Schloffer Leitz und Anna Bilschoff
 (Schlofferstr. 10 und Harden-
 bergstr. 5). Hühnerbröcker Freund-
 rich und Julie E. (Hörsingeweg
 strasse 28 und Eidenhofstr. 24).
 Arbeiter Wagners und Helene
 Präger (Verdunnersstr. 18).
 Arbeiter Wagner und Elisabeth
 Bode (Hörsingeweg 21). Maurer Kupfer-
 nagel und Elise Schmidtner
 (Gölsendorfstr. 16 u. 15). Arbeiter
 Wittig und Martha Müller (Dö-
 lauerstr. 4). Arbeiter Künze
 und Minna Wagner (Hörsingeweg
 strasse 4). Schloffer Leitz und
 Frida Walter (Hörsingeweg 40
 und Steig 13). Waidner Weibele
 und Hedwig Hefermann geb. Prante
 (Hörsingeweg 21). Arbeiter
 Friedrich (Hofstr. 34). Arbeiter
 Schmidt und Emma Dittmar
 (Seebenstraße 45 u. Hörsingeweg
 21). Arbeiter Winkler und Martha
 Siegmann (Hörsingeweg 28
 und Triftstr. 28).

Geboren: Techniker Voigt E.
 (Schulberg 9a). Arbeiter Kluge
 E. (Dr. Brunnerstr. 62). Aus-
 mann Präger E. (Hörsingeweg 7a).
 Arbeiter Voigt E. (Hörsingeweg
 strasse 11). Arbeiter Weidner E.
 (Hörsingeweg 26).

Geboren: Kleinmann Leopold
 3 Mon. (Schlofferstr. 5).
 Minna Köpfer, 22 J. (Hörsingeweg
 weg 1). Witwe Gertrude E. (Hörsingeweg
 geb. Studlau, 55 J. (Weiden-
 plan 21)).

Apollo-Theater.

Direktion: Julius Pöcher.
 = 10 neue =
 große Debüts!
Ruth St. Radhah:
 „Im heiligen Tempel
 der 68ten Radhah.“
Amor & Cie.
 Gr. Burleske in 1 Akt.
Sisters Petram,
 „Die Verliebtenhändel
 im Marienstift.“
Carl und Lotty,
 die besten Opern-
 Duetten des Varietés
 u. die ihr. Singsammern.

Apollo-Theater.

Voranzeige!

Mittwoch den 24. Oktober,
 nachm. präzis 4 Uhr:
**Kinematographische
 = Urania =**
 aus Frankfurt a. M.
 Gr. Kinematographische
Schüler-Vorstellung
 mit einem für die Jugend
 passendem Programm
 aus all. Gebieten der lebenden
 Projektionstechnik, in Verbindung
 mit erstklassigen Vorträgen
 durch Direktor Ludwig Josef.
 Preis pro Platz: Loge 1.06 M.,
 I. Rang 0.85 M., II. Rang 0.66 M.,
 III. Rang 0.44 M., IV. Rang 0.22 M.
 II. Rang 25 C. im f. f. Steuer.
 Vorverkauf ab heute im
 Theaterbüro d. Apollo-Theat.

Stadt-Theater

in Halle a. S.

Direktion: Geh. Hofrat H. Harn.
 Dienstag den 24. Oktober 1911:
 4. Abonn.-Vorstellung. 4. Viertel.
Reizität!

Sam 4. Male:
Das Mesnikantenmäd.

Operette in 3 Akten
 von Georg Jacno.
 Komponist der „Fischer-Glocken“.
 Rahmöffnung 7, Anfang 7 1/2 Uhr,
 Ende gegen 10 1/4 Uhr.

Mittwoch den 26. Oktober 1911:
 46. Abonn.-Vorstellung. 1. Viertel.
Sam 5. Male:
Der Erbsörster.

Komponist der „Fischer-Glocken“.
 Rahmöffnung 7, Anfang 7 1/2 Uhr,
 Ende gegen 10 1/4 Uhr.

Engl. Hof,

Grosser Berlin,
 empfiehlt seinen vorzüglichen
Mittagstisch.
 Nur erstklassige Biere!
 Spezialität: Taghloh
ff. Pökelknochen!

Wohnungs-Anzeigen

Mehrere Wohnungen sofort ab-
 zu vermieten. Preis 225 RM.
Böllbergerweg 30. Zu erfragen
 am obend. Ende der 1. Jan. a. d.
 Zu erfragen **Leipzigerstr. 7, IV.**

Gr. möbl. E. 2 P. u. v. 33.4.4.
 Das d. Mittagstisch. Friedrichstr. 6.

Danksagung.

Burdachstraße vom Grabe un-
 tersetzten Entschlafenen, der io-
 blicklich aus unserer Mitte dahin-
 geschieden wurde, können wir es
 nicht unterlassen, unsern herzlich-
 dank auszusprechen allen denen,
 die seinen Sarg so reich mit
 Blumen und Kränzen schmückten
 und ihn zur letzten Ruhe geleiteten.
 Dank Herrn Pastor Kunig für die
 trostvollen Worte am Grabe.
 Dank dem Metallarbeiterverband
 und dem Metallarbeiterverein,
 bescheiden für den erhabenen
 Gehang der Freunde.

Die tieftrauernde Familie
Fräulein Melanie Weber
 geb. Nauwald nebst Söhnen.

Durch günstigen Abschluss sind wir in der Lage:

Klosett-Papier:

in bedeutend besserer Qualität,
 ohne Preiserhöhung abzugeben.

C. F. Ritter,
 Leipzigerstrasse 90.

Der Altstädter Markt-
 Sprudel-Startiererei (Job-Gilgen-
 wangen-Stockalquele) hat mir
 bei einem allen

Frauenleiden

u. chron. Menstrations-
 störung. Dient geleitet u. die Schmerzen
 und Schläfen völlig genommen.
 Von meinen Menstrations-
 störungen, die mich jährl. in
 ärztlicher Hilfe quälten, bin
 ich jetzt völlig befreit. Frau U.
 Aerial, warm empf. 31. 95 Pf.

Zu haben bei: **Wilhelm Hofer,**
 Geilstr. 59-60 an der Bahnhofs-
 hof u. Löwen-Apotheker bei
 Herrn. Prühl, 2. Büchergasse 73.
Hugo Schulze, Bernauerstr. 32;
H. Nitzsch, Dr. Steinstr. 33;
Max Richter, Mannichstr. 2;
Oskar Ballin Jr., Leipzigerstr. 63;
Bruno Berthold, Dr. Steinstr. 45.

Frische Wafrenen

pro Pfund 1 Mt. 20 Pfg.,
 zu haben bei:
 Dreiecksstr. 1.
**Carl Bösch, Partip. 1. Darm-
 und Lebzehngasse 61/62.**

Frische Knickerler

billig.
 Spezial-Mod.-Gross-Geschäft,
 7 Talammstrasse 7.

Kleiderschränke

24, 26, 28 - 75 W., Reizität 33,
 38, 45 - 75 W., Büchsch. u. Stoff-
 schloß 55, 75 - 100 W., Stoffschloß
 15 - 20 W., Spiegel-
 schloß 4 - 10 W., Dreiecks-
 schloß 36 - 100 W., dauerhafte Dreiecks-
 stellen mit Matrassen 35, 40 - 60
 Mark, Rückenmöbel, alles sehr
 billig bei

**Max Jungblut, Albrecht-
 str. 37.**
 Bitte genau auf Firma zu achten.

**Institut für Frauen-
 Leih-Schroft und
 Entlohnung-Anlagen.**
**Hermann Lehmann, Ritter-
 strasse 19, Fernruf 3501.**

Arbeitsmarkt

+ 20 Arbeiter gesucht.

zu melden an der **Benennung-
 schein-Waale bei Brander,**
 beim **Schönmeyer-Paarisch,**
 Stundeloh 42 Pf.

Modellstichler

für dauernde Beschäftigung ge-
 sucht.
Adolf Schaefer, m. n. n.
Maschinenfabrik & Eisengeschäft
Wittenberg (Weg. Halle).

Sie suchen für den Herz- und Neg.-Bez. Merseburg einen
 Provinz-Reisenden, welcher **Privat-Kundschaft**
 in den obigen Bezirken mit Erfolg besucht hat.
 Angaben über bisherige Tätigkeit u. s. w. erbiten

Rückmann & Funk,

Leipzig-Reudnitz.

Gratis Informationsbogen.

C. E. Brooks, D. 92 Bank Bldg.,
 Kingsway, London, W. O., Eng-
 land.

Senden Sie mir bitte in un-
 geschriebener Sprache Ihre
 illustriertes Buch und ausführliche
 Auskunft über Ihren Apparat
 unter Beiliegung des Buchs.

Name _____
 Adresse _____
 Wohnort _____
 Briefporto nach England ist 20 s.

Wohnfahrten jeder Art bei bill.
Alb. Ackermann, Mühlberg 10.

Genosse Buchardt-Eisenberg berichtet, daß die örtlichen Instanzen alles tun würden, um dem Vollblatt die ihm gebührende Ausbreitung zu sichern. Der Zukunft würde ich von jeder Art von Beschränkung absehen. Neben mir der Verlag insofern den Lesern entgegenkommen und das Blatt zeitiger nach Eisenberg schaffen.

Genosse K. o. n. i. g. stellt die Schwierigkeiten auseinander, die mit einer früheren Expedition verknüpft sind und weist darauf hin, daß mit der notwendigen Erhöhung des Abonnementpreises auch eine weitere Ausgestaltung des Inhalts von Hand gehen würde.

Genosse S. a. m. i. s. c. erklärt es für unbedingt notwendig, daß eine solche Zeitung geschaffen werde, wo aber nur durch Erhöhung des Abonnementpreises möglich sei. Einen früheren Redaktionsrat festzusetzen, wie dem Vollblatt seine Unabhängigkeit tauben. Die Zugewinnungen nach der Wählung Eisenberg seien eben so schlecht, daß grundrührende Veränderungen ein Hindernis seien.

Genosse S. a. m. i. s. c. erläutert ebenfalls, daß man den Zeitpunkt der Erhöhung des Abonnementpreises verpaßt habe. Bedauerlich sei auch, daß das Vollblatt in den Grenzorten so wenig verbreitet sei, trotzdem es in jeder Beziehung den Lesern entgegenkomme. Den Genossen müsse zur Pflicht gemacht werden, daß in erster Linie für das Vollblatt agitiert werden müsse.

Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Blauer wurde ohne Resolution ein N. i. m. i. g. angenommen.

Genosse K. o. n. i. g. stellt die Beschlüsse des N. i. m. i. g. fest.

Er schilderte die Gründung des Fonds, die nach den Beschlüssen des Leipziger Parteicongresses durchgeführt wurde, was allerdings einige Schwierigkeiten machte. Der Materialbedarf habe im letzten Jahre in manchen Kreisen sehr unter den wirtschaftlichen Kämpfen gelitten, die die Organisationen führen mußten. Da es sei so allem während den letzten Jahren der Winter nicht bis auf den 1. Mai zu verzeichnen, sondern schon in den Monaten vorher in die Wege zu leiten. Trotz der Schwierigkeiten aber wurde eine ganz ansehnliche Summe zusammengebracht. Die Gesamtsumme betrug 8631,87 Mark und die Ausgabe für das Material betrug 2000 Mark. Obwohl die Arbeit sehr im Vergleiche mit der Durchführung wurde, sind nur ganz wenige Gelüste auf Zahlung von Gewerkschaftsunterstützung erfüllt worden. Zur Sicherung der Zahlung der Gewerkschaften ist bisher vorgeschrieben, die Angestellten der Arbeiterbewegung ist in dem ein Verzicht geleistet worden, der aber hinsichtlich in die Wirkung treten wird, da die Angestellten nicht freiwillig zahlen würden.

Weiter ging nun kurz auf die Bedeutung der Arbeiter ein und betonte, wie Vertreter der Arbeiter oder anderer die Durchführung der Arbeit zu einem 1. Mai, der Weisheit des Arbeiter, immer wieder beschließen hätten. Er hoffe, daß die Parteigenossen diesen Beschluß mehr und mehr Folge leisten. Wohl mache das zweifeln Schwierigkeiten. Die seien aber nicht nur durch den Beschluß, daß die Beschäftigten einsein zu sein behandelt werden. Wenn die Beschäftigten von der Gesamtheit mit dem ihrer würdigen Ernst beachtet würden, kann mehr die Durchführung immer weniger Schwierigkeiten machen und immer weniger Folgen haben. Der Parteiführer muß sich nicht nur damit begnügen, die Arbeiter zu werden, dann mit der Arbeiter und die Arbeiter auch in unserem Bezirk eine andere gewichtigere Bedeutung erlangen. Weiter teilt noch mit, daß das Materialbestimmte in einer im nächsten Monat geplanten Sitzung nach Halle verlegt werden soll, um die Rechnung einzuführen und billiger zu gestalten.

Genosse K. o. n. i. g. berichtet über die Beschlüsse der Leipziger Parteikonferenz, die in der Leipziger Zeitung veröffentlicht sind, die die Genossen, die gemeinschaftlich in Sachsen organisiert sind, sich zu den Forderungen der Leipziger Parteikonferenz nach Wartenburg stellen sollen. Er hält weiter den Beschluß, daß die Angestellten ihren Besonderen Beitrag leisten müssen, für sehr angebracht, aber nicht notwendig, da es sich nicht um eine sehr glückliche Entscheidung hätte. Nach weiterer kurzer Debatte erklärt Genosse Leopold, daß in den Grenzbezirken natürlich jeder nur einmal Marx zu kaufen brauche. Wo, sei gleichgültig. Damit war auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Auf eine Anfrage des Genossen S. a. m. i. c. beim Punkt Verschiedenes, erklärt der Vorsitzende, daß gegen eine Vertagung des Parteicongresses in der Genossenschaftsbewegung nichts einzuwenden sei.

Genosse K. o. n. i. g. teilt nun noch mit, daß von einer besonderen Behandlung der Gemeindevorteilnehmer in diesem die Wahl abgesehen sei. Die Revisionskommission schlage aber eine Resolution vor, die verhindern soll, daß niemals wieder Leute von unteren Genossen in die Gemeinderäte gewählt werden, die nicht politisch aktiv sind. Es seien insofern auch nach den Beschlüssen überlegen werden, die die Gemeindevorteilnehmer über unser Programm aufklären sollen.

Die Resolution lautet: Einmütig an gefasste Beschlüsse der Gesamtpartei, fordert der Parteitag die Genossen in allen Orten, um lebhaft für die kommenden Gemeinderatswahlen zu arbeiten, wo wir geeignete Kandidaten haben, sollen sich die Genossen an der Wahl beteiligen. Bei der Aufstellung von Kandidaten durch uns, ist streng darauf zu achten, daß nur solche Personen als Kandidaten unserer Partei anerkannt werden, die Mitglieder unserer Parteioffizialen sind.

Genosse K. o. n. i. g. teilt nun noch mit, daß die Resolution, die die Gemeindevorteilnehmer in der Resolution auf, müßte aber, daß die Gemeindevorteilnehmer für die einzelnen Kreise arrangiert werden.

Genosse K. o. n. i. g. teilt nun noch mit, daß man solche Personen, die in Gemeinderäten gegen unsere Interessen wirken, obwohl sie von uns gewählt sind, einfach ausschließen, denn es sei unerträglich, daß sich manche dieser Leute leisten. Aus diesem Grunde sei die Annahme der Resolution ebenso dringend zu empfehlen, wie die Abhaltung der Gemeindevorteilnehmerkonferenzen in den Kreisen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Genosse K. o. n. i. g. teilt nun noch mit, daß die Beschlüsse, daß nach dem Parteitag so wichtig und wichtig verlaufen sei, wo der Parteitag. Wenn die Genossen das hier Vortragende beherzigen und die Anregungen befolgen, so werde die Tagung der Partei und besonders den Parteioffizialen zum Segen sein. Mit einem herzlichen Dank auf die Sozialdemokratie wurde die Sitzung geschlossen.

Quittung.

Vangenberg. Für Kalender 14,50 Mk. erhalten
J. Steiner, Eisenberg.

Eine rationelle Kinderernährung muß haltbar und immer gleichmäßig sein, die dem unteren Kindesalter entspricht und der Überbürdung keine Schwierigkeiten bietet, muß ausgiebig und leicht, sowie nicht nur nahrhaft, sondern auch wohlnehmend sein. Alle diese Bedingungen erfüllt „Rafette“, welches nicht nur für gesunde, sondern auch für kranke Kinder die beste Nahrung bildet.

Aus den Nachbarkreisen.

In die Orts-Funktionen und Vertrauensmänner des Bezirke.

Wie erkläre, sofort ganz festzustellen, ob etwa noch Vollstälteren übrig sind. Wo das der Fall ist, müssen sofort die übrigen Kandidaten an den Kreisvorstand eingeschickt werden. Ebenso müssen diejenigen Orte, wo noch Kandidaten benötigt werden, dem Kreisvorstand die verlangte Anzahl mitzuteilen.

Um uns über einen etwaigen Rückzug schlüssig machen zu können, eruchen wir die Genossen dringend, hierfür Aufforderung ohne Verzögerung nachzukommen.

Das Bezirksamt. J. A. Dreifler.

Geist Konzentration und Notwend.

Ein neues Stücklein wird unserm Ferner Parteiblatt aus dem Schwarzburg-Sonderhausen'schen Orte Bennenitz berichtet. Um die Notlage der kleinen Wobbeitzer zu mildern, war die Erlaubnis zur Entnahme von Streu aus den Staatsforsten erteilt worden. An einem Tage in voriger Woche machten 45 Kennzeichen Einwohner, darunter auch der Bürgermeister, von dieser Erlaubnis Gebrauch. Als sie aber, die in Größe gefüllte und auf Wagen geladene Streu abfahren wollten, erzeigte sie das Verhängnis. Der Waldhüter erteilte Anzeiger, weil die Streu nicht auf mit Jaguteren bekannten Wegen, sondern nur auf Schieferkarren oder Sandwagen oder als Traglast nach Hause geschafft werden durfte.

Und nun geschah das Unglaubliche. Das Forstamt Geheir beauftragte die Verhaftung der Uebelthäter, und wirklich erhielt jeder von ihnen ein Strafmandat über 18,00 Mk. oder fünf Tage Gefängnis wegen Fortabtriebs!

Ein wirklich fortwährender Notstand!

Waldes. Die zweite Armee im Schwarzen Rod. Gegenwärtig werden die zur Lösung einberufenen Weisheiten wieder entlassen. Zur Erinnerung an diese Lösung bekommen die Weisheiten in ihren Bänken einen Zettel eingeklebt mit der Aufschrift: „Weisheiten und Weiserevereine!“ Es ist also eine Art von der Arbeitervereine, die mit Ausnahme des Obersten Kreisvorsitzenden die zweite Armee im Schwarzen Rod ist. Es erübrigt sich, näher auf den Inhalt einzugehen, weil es Wiederholungen der schon langsame bekannte Werkschreibern der „unpolitischen“ Arbeitervereine sind. Wir wollen unsere Genossen nur aus Anlaß dieser Redebeichte daran erinnern, ebenso wie die unpolitischen Arbeitervereine sich dem Vorwurfe, sich zusammen und zu sorgen, daß die schwarze Gebrud- und Solidarermene durch eine tote überlassen wird.

Waldes. Erhaltung eines alten Wandertums. Die Aufrechterhaltung in einem sehr schlechten Bauzustand. Nachdem nunmehr Regierungsbaumeister Jeller aus Berlin die im Laufe der Jahrhunderte eingetragenen Beschädigungen der Kirche, in der sich ein berühmtes Auftragsbild befindet, eingehend untersucht hat, beschloß der Gemeinderat und die Gemeindevorstellung von Waldes, die Kirche so zu renovieren, wie sie zu Anfangs Zeiten war. Der Hauptantrag soll zu einer Aufrechterhaltung ungeteilt und mit Reiflich geschickt werden, die das Leben des jungen Volkes darstellt.

Artern. Die parteilose Arbeiter Zeitung brachte vor kurzem eine Notiz, in welcher mitgeteilt wird, daß der Reichstag schon nach kurzer Zeit wieder aufgelöst werde und die Deputierten schon vor Weihnachten stattfinden würden. Hierbei kann nicht über den Reichstag, sondern über die Arbeiter, die die Verdrückung schon im Reichstage anerkannt werden mußte, ansprechen, indem es ist unzuverlässig nennt. Wir meinen, daß gerade die Arbeiter Zeitung am wenigsten berufen ist, sozialdemokratischen Zeitungen Unzuverlässigkeit vorzuwerfen. Wie oft haben wir in dem Wäldchen schon die Arbeiter in der Zeitung die Tatsachen direkt auf den Kopf geteilt worden, um den Lesern Sand in die Augen zu streuen. Gleich in derselben Nummer, in welcher die Zeitung dem Vorwärts Unzuverlässigkeit vorwirft, bringt sie eine Notiz über die Eisenbahner-Vermählung in Berlin, durch welche ihre eigene Unzuverlässigkeit trefflich illustriert wird. Nicht bürren Worten berichtet sie da über die Vermählung und teilt ihren saunenden Lesern mit, daß, nachdem Genosse Hoffmann aus dem Saale gemeldet wurde, sich ihm ein bunter Arbeiter angeschlossen. Wir glauben gern, daß die gewaltige Demonstration der Berliner Eisenbahner „unparteilich“ berichtet auf die Herzen gefallen ist. Das ändert aber an den Tatsachen nichts. Wenn man andere Unzuverlässigkeit vorwerfen will, soll man selbst Tatsachen nicht verschweigen. Das ist aber für die Unparteiliche so unparteilich. Den Arbeitern aber, welche immer noch Abonnement dieser Zeitung sind, möchten wir zurufen: Einmal mit dem Blick auf unser Wohlstand und abnorme die Arbeiterzeitung. Wie viele vertritt rücksichtslos eure politischen und wirtschaftlichen Interessen.

Wittenberg. „Arbeiterwohlfahrt“. Wie man einen leiblich vernünftigen Gehalten in sein Gehalt verdienen kann, zeigt uns hier das Verhalten einiger größerer Werke, die nach der gegenwärtig herrschenden Leertung für ihre Arbeiter „billige“ Kartoffeln liefern. In der Voraussetzung, daß billige Kartoffeln etwa 2 bis 2,50 Mk. pro Zentner kosten würden, hatten die einzelnen Arbeiter 20 bis 30 Zentner bestellt. Bei der Ankunft stellte sich nun heraus, daß die „billigen“ Kartoffeln 8- bis 8,00 pro Zentner kosteten, wie man sie hier eben auch bei jedem Händler kaufen kann, wobei jeder wenigstens noch jeden Augenblick vom Handel zurücktreten kann, wenn die Ware ihm nicht ankommt. Es kommt aber noch besser. Um zu ihrem Gelde zu kommen, geben die Werke nun den Preis für die Kartoffeln vom Lohn ab. Bei einzelnen Leuten ist es vorgekommen, daß in der ersten Woche 75 Prozent des Lohnes gefährt worden sind. Arbeiter, die 20 Mark Wochenverdienst hatten, daß man mit 5 Mark nach Hause geschickt. Wären sie nun die folgenden Wochen Kartoffeln essen, denn was soll doch eine Familie, sei sie auch noch so klein, mit 5 Mark Budget in der Woche anfangen? Es geht wohlfeil eine hübsche Portion Unvorsichtigkeit dazu, daß nach dem Wohlstand für die Arbeiter zu bescheiden. Das ein Mensch so weitreichend ist, im Ernst anzunehmen, er hätte in diesem Falle den Arbeitern eine Erleichterung verschafft, ist ebenfalls nicht gut anzunehmen.

Wittenberg. Die herrschende Zensurung hat jetzt auch unsere Stadtdirektorin veranlaßt, der morgigen, Dienstadt, stattfindenden Stadtvorordneten-Versammlung eine Vorlage einzureichen wegen Bewilligung von 200 Mk. behufs Ankaufs von Kartoffeln zur Abgabe zum Selbstkostenpreise an weniger bemittelte Einwohner. Witter notwendig sind solche Maßregeln der Kommunalbehörden, die offensichtlich bei diesem einen Verlust nicht stehen bleiben. — Wegen Unterdrückung von circa 300 Mk. ist der

Aufbruch der G. in das hiesige Gerichtsgebäude geschickt worden. Er hat mit obiger Summe einen Kauf von Holz im Wert von 1000,00 in einem Dampfschiff erwirkt wurde; das Holz war als

Genosse. Neuer. Ein besorgener Genosse ist das Ansehen des Eisenbahner Bilders auf einen Fall niedergefallen. Das Bild, sowie das im Laufe besinnliche Borgeit kommen geteilt werden. Der Betroffene ist nur zum Teil verurteilt und ist deshalb sein Schicksal betrübt. Über die Entscheidungsurteile des Senats verurteilt noch nichts Bestimmtes.

Genosse. Eisenbahnunfall auf der Niederlausitzer Bahn. Der von Beesden kommende Zug 4 fuhr im Bahnhof Groß-Neudorf gegen eine mit Rangieren beschäftigte Lokomotive. Die Lokomotive des Zuges und drei Güterwagen entgleisten. Die Rangierer, von denen einer leicht verletzt wurde, mußten umfliegen und wurden in einer Stunde Verwundung nach Köthen gebracht. Das Gleis vor Neudorf ist gesperrt und kommt die Güte 1 und 6 nicht verkehren. Vom Bahnhauptort wurde niemand verletzt, der Materialschaden ist nicht unbedeutend.

Waldes. Der von Beesden kommende Zug 4 fuhr im Bahnhof Groß-Neudorf gegen eine mit Rangieren beschäftigte Lokomotive. Die Lokomotive des Zuges und drei Güterwagen entgleisten. Die Rangierer, von denen einer leicht verletzt wurde, mußten umfliegen und wurden in einer Stunde Verwundung nach Köthen gebracht. Das Gleis vor Neudorf ist gesperrt und kommt die Güte 1 und 6 nicht verkehren. Vom Bahnhauptort wurde niemand verletzt, der Materialschaden ist nicht unbedeutend.

Waldes. Der von Beesden kommende Zug 4 fuhr im Bahnhof Groß-Neudorf gegen eine mit Rangieren beschäftigte Lokomotive. Die Lokomotive des Zuges und drei Güterwagen entgleisten. Die Rangierer, von denen einer leicht verletzt wurde, mußten umfliegen und wurden in einer Stunde Verwundung nach Köthen gebracht. Das Gleis vor Neudorf ist gesperrt und kommt die Güte 1 und 6 nicht verkehren. Vom Bahnhauptort wurde niemand verletzt, der Materialschaden ist nicht unbedeutend.

Waldes. Der von Beesden kommende Zug 4 fuhr im Bahnhof Groß-Neudorf gegen eine mit Rangieren beschäftigte Lokomotive. Die Lokomotive des Zuges und drei Güterwagen entgleisten. Die Rangierer, von denen einer leicht verletzt wurde, mußten umfliegen und wurden in einer Stunde Verwundung nach Köthen gebracht. Das Gleis vor Neudorf ist gesperrt und kommt die Güte 1 und 6 nicht verkehren. Vom Bahnhauptort wurde niemand verletzt, der Materialschaden ist nicht unbedeutend.

Waldes. Der von Beesden kommende Zug 4 fuhr im Bahnhof Groß-Neudorf gegen eine mit Rangieren beschäftigte Lokomotive. Die Lokomotive des Zuges und drei Güterwagen entgleisten. Die Rangierer, von denen einer leicht verletzt wurde, mußten umfliegen und wurden in einer Stunde Verwundung nach Köthen gebracht. Das Gleis vor Neudorf ist gesperrt und kommt die Güte 1 und 6 nicht verkehren. Vom Bahnhauptort wurde niemand verletzt, der Materialschaden ist nicht unbedeutend.

Aus den Gerichtssälen.

Ein gefährlicher Weisheitsfreund.

Ein gefährlicher Weisheitsfreund ist der Kaufmann Alfred Leda von hier, der wegen schwerer Urkundenfälschung, Betrugs und Unterschlagung angeklagt war. Der Mann, der zur Zeit an einer recht bedeutenden Krankheit litt, hatte mit mehreren Frauen Geschlechtliche unterhalten und dann seine Opfer infiziert. Als Kaufmann unterrichtet er bei einer Firma 600 Mk., ferner teure er fingierte Urträge in Umlauf usw. Zwei Ärzte haben den Angeklagten untersucht und festgestellt, daß er wohl geistig minderwertig ist und einen moralischen Defekt auf, aber nicht im Sinne des Gesetzes unzurechnungsfähig ist. Er wurde zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt, von welcher Strafe sechs Monate auf die erstellte Untersuchungshaft als verübt erklärt wurden.

Seine vielen Vorstrafen drücken den schädlichen Arbeiter Richard Hüfner von hier auf den Gedanken, unter fremdem Namen zu reisen, um so zu vermeiden, daß bekannt werde, wie er verurteilt ist. In der Zeit von 1898-1911 machte er sich Genugthuung, beging neue Straftaten und ließ den falschen Namen in die Akten verschiedener Gerichte eintragen. Damit erzielte er denn auch, daß die Rückfallbestimmungen nicht zur Anwendung kamen und mehrere Strafen demont wurden. Der Angeklagte wurde nun wegen intelligenter Urkundenfälschung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Allelei.

Worms in Grubenmehl. London, 20. Oktober. In einer Grube bei New-York wurde infolge des Druckes angelegentlich Wasserstein aus alte Schlammsteinen an. Von den Arbeitern, die in dem neuen Stoff beschäftigt waren, konnte sich nur ein Teil weiten, während die übrigen erkrankten. Die Vermulden waren polinischer Nationalität.

Explosion in einer japanischen Pulverfabrik. Tokio, 22. Oktober. Gestern ereignete sich in der japanischen Pulverfabrik eine Explosion. 12 Personen sind getötet, 9 verwundet. 400 Kilogramm Pulver sind vernichtet und zwei Gebäude zerstört.

Lebenszeit eines deutschen Hängers. Hannover, 22. Oktober. In Schwebdingen in der Hängeburger Heide ist der Hänger J. A., nachdem er mit seinem Hänger einen Absturz ausgeführt hatte, abgestürzt und tödlich verletzt worden. Ledernachricht in Schwebdingen für eine Hamburger Firma mit einem neuen Eindecker Fluggerät.

MAGGI'S Suppen sind die besten u. wohlgeschmecktesten!

Jede Sorte hat ihren natürlichen Eigengeschmack. Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen. Mehr als 30 Sorten.



